

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden,  
Raden & Comp., Nr. 1208.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlag: Dresden,  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Zittau.

Zeitungspreis einschließlich Frachtkosten monatlich 2000.— M., durch die Post bezogen monatlich 2000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 650.— M., Einzelnummer 80.— M., Sonntagsnummer 100.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 28261, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 28261, Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Reklamzeile 300.— M., auswärts 375.— M., die halbspaltige Reklamzeile 1200.— M., auswärts 1600.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Auftrags-Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Briefwechsel, 90 M.

Nr. 39

Dresden, Donnerstag den 15. Februar 1923

34. Jahrg.

## Hilfe für die Steuerdrückeberger

Das Gesetz zur Verächtlichmachung der Geldentwertung in den Steuererlassen war Mittweil Gegenstand der Beratungen des Steueraususses des Reichstages. Besonders eingehend wurden dabei die Maßnahmen betreffend das Bankgeheimnis besprochen. Nach der Regierungsvorlage soll der § 189 der Reichsabgabenordnung gestrichen und die Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht geändert werden. Der § 189 der Reichsabgabenordnung schreibt vor, daß öffentliche und private Banken ihrem Finanzamt ein Verzeichnis ihrer Kunden einzureichen haben, das auch die im Laufe des Jahres erfolgten Zugänge enthalten muß. Gegen diese Bestimmung haben die Interessenten Sturm geseufzt, und die Regierung hat dem Drängen teilweise nachgegeben. Der Reichswirtschaftsrat ging noch weiter und verlangte die vollständige Wiedereinführung des Bankgeheimnisses. Genosse Gery wies in der Sitzung des Steueraususses mit Nachdruck darauf hin, wie jede Einschränkung der Kontrolle durch die Finanzämter besonders heute heftig sei und geradezu zur Steuerhinterziehung anregen müsse. Die Steuerbehörden müssen Gelegenheit haben, in jedem Augenblick einzugreifen. Die Einwände, daß die Aufhebung des Bankgeheimnisses den Steuerbehörden keinen Erfolg gebracht habe, werde durch die Begründung der Vorlage durch die Regierung selbst widerlegt, in der die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses als nicht unwesentlich bezeichnet wird. Der Sturmlauf gegen den bisherigen Zustand habe seine Ursache darin, daß die Veranlagung zur Vermögenssteuer und zur Zwangsrente bevorzucht, deshalb man auf gesetzlichem Wege die Steuerhinterziehung sanktionieren. Die Sozialdemokraten müssen mit aller Entschiedenheit die Vorlage der Regierung ablehnen, noch vielmehr aber den vom Reichswirtschaftsrat eingenommenen Standpunkt. Sie verlangen die Auslegung der Steuerlisten, aus der dem ehrlichen Steuerzahler kein Nachteil erwächst.

Die Redner der bürgerlichen Parteien erklärten ihre Zustimmung zur Regierungsvorlage, durch welche das Recht der Kontrolle des Bankdepots teilweise preisgegeben wird. Bezüglich der Steuerermäßigung der Besitzenden war die Ausführung des Abgeordneten Helfferich, der erklärte, daß bei der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes die Vermögenden ebensowenig verhehrt und dem Zugriff der Steuerbehörde entzogen würden.

In der Abstimmung wurde gegen die Stimmen der Linken

der § 189 der Reichsabgabenordnung gestrichen. Der sozialdemokratische Antrag auf öffentliche Auslegung der Steuerlisten verfiel der Ablehnung.

Was die bürgerlichen Parteien sich hier leisten, ist unerhört. Nicht genug damit, daß die Arbeiter durch den Lohnabzug sowieso schwer benachteiligt werden, weil sie ihre Steuern in vollwertigem Gelde zahlen, während die Kapitalisten den größten Teil ihrer Steuern erst nach Jahr und Tag in entwertetem Gelde entrichten, nicht genug damit, daß heute schon von den Besitzenden gewaltige Summen der Steuern hinterzogen werden — es wird den Steuerbehörden auch noch eines der wichtigsten Mittel genommen, um das Einkommen der Besitzenden zu kontrollieren!

Freilich, die Herren Bankiers laufen ja seit Jahr und Tag Sturm gegen die Aufhebung des Bankgeheimnisses, jene Kapitalisten, vor denen die bürgerliche Regierung Cuno allerschwerer Respekt hat und mit denen sie es unter keinen Umständen verderben will. Deswegen besitzt sie sich, die Wünsche der Bankherren zu erfüllen. Und die bürgerlichen Parteien machen selbstverständlich mit! Es hört sie dabei gar nicht, daß in der jetzigen Zeit die Spalten der bürgerlichen Blätter angefüllt sind mit schönen Artikeln über die „Opferwilligkeit der ganzen Nation“. Wenn es ans Steuerzahlen geht, hört die Opferbereitschaft der Besitzenden stets auf. Welche Gefühle muß es bei den im Ruhrgebiet für Deutschland kämpfenden Arbeitern werden, wenn sie jetzt erfahren, daß die bürgerlichen Parteien im Reichstag auch in diesen Zeiten bemüht sind, die Besitzenden vor einem scharfen Zugriff der Steuerbehörden zu schützen!

Wenn die deutschen Arbeiter sich durch beratige Streiche der Schächer des kapitalistischen Geldsackes in ihrer Haltung nicht beeinflussen lassen, so deswegen, weil sie wissen, daß sie diesen Kampf für die Selbständigkeit des Reiches und im Interesse der großen Mehrheit des deutschen Volkes führen. Die deutsche Arbeiterschaft wird gut tun, sich bis zu den nächsten Wahlen zu merken, was sich hier die bürgerlichen Parteien geleistet haben. Und wenn die Leute von rechts und wieder einmal mit der Behauptung kommen, daß die Sozialdemokratie nicht patriotisch genug sei, so werden wir sie daran erinnern, daß die bürgerlichen Parteien von Rulle bis Petersen es fertig brachten, in der schwersten Zeit des Ruhrkampfes der infausten Steuerdrückeberger ihre Unterstützung zu gewähren.

er könne sich dem Schlag nicht widersetzen, daß die britische Regierung den Zielen des französischen Imperialismus in Westeuropa heimlich Unterstützung gewähre, um ein quid pro quo mit Bezug auf die Ziele des britischen Imperialismus im nahen Osten zu erhalten.

Der Arbeiterführer Tom Shaw erklärte: Was die zehn Prozent der Reparationskosten betreffen, die Deutschland zu zahlen habe, Frankreich zu liefern, so sei dies zum großen Teil auf die Lasten zurückzuführen, daß Frankreich selbst einen Teil der Kosten zurückgewiesen habe unter der Begründung, daß die Qualität nicht gut genug sei. Es sei eine bekannte Tatsache, daß die Metallindustrie in Lothringen den Stoffs aus dem Ruhrgebiet brauche. Es sei ebenfalls Tatsache, daß, wenn Frankreich das Ruhrgebiet dauernd besetzt, es koste die gesamten Erzeugnisse Europas in der Hand haben würde. Ein deutsches Angebot, Nordfrankreich wieder aufzubauen, sei von Frankreich abgelehnt worden. Wenn es für die britische Regierung möglich sei, in Verhandlungen mit Frankreich zu treten und die Mitwirkung der amerikanischen Regierung zu erhalten, so könne vielleicht eine Möglichkeit für den Frieden bestehen.

Anträge. Die Arbeiterpartei bringt einen Antrag ein, der Erwägungen über die Revision der Friedensverträge fordert. Die Sozialisten beantragen, der Völkerverbund solle eine Kommission für die Reparationen einrichten, in der Amerika vertreten sein solle. Am Freitag wird darüber beraten.

## Internationale Pflichten

Von Artur Gispelin

Einheitlich und klar ist die Stellungnahme der gesamten sozialistischen Internationale zur Ruhrbesetzung: sie brandmarkt in scharfster Weise den imperialistischen Vorstoß Frankreichs und fordert besonders das Proletariat Deutschlands auf, im entschlossenen Abwehrkampf gegen die neuesten Gewalttaten nicht zu erlahmen. Darüber hinaus stellt die sozialistische Internationale der Politik der Gewalt eine Friedens- und Verständigungspolitik entgegen, die auf dem gemeinsamen Interesse des arbeitenden Volkes beruht.

Die Vereinigte Sozialdemokratie Deutschlands hat ausdrücklich wiederholt ihre Übereinstimmung mit den Beschlüssen der sozialistischen Internationale festgestellt. Zuletzt in der vom Parteiausschuß am 6. Februar 1923 einstimmig angenommenen Resolution. Die einstimmig formulierten Beschlüsse der sozialistischen Internationale legen auch auf, in welcher Weise die sozialistischen Parteien der in Betracht kommenden Länder sich betätigen, wie sie einander zum Segen der Völker in die Hände arbeiten müssen.

Die sozialistischen Parteien von Frankreich, Belgien und England haben den von ihnen bereits aufgenommenen Kampf gegen die den Frieden gefährdende Politik ihrer Regierungen mit aller Energie fortzusetzen. Im Interesse der Friedensparantien, um das Reparationsproblem auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu lösen und einer weiteren Zerrüttung der europäischen Wirtschaft entgegenzuwirken, setzen sich die sozialistischen Parteien der Ententestaaten ferner für den sofortigen Rückzug aller Okkupationsstruppen aus dem Ruhrgebiet und aus allen anderen besetzten Gebieten ein. Gleichzeitig ist es die Aufgabe der sozialistischen Parteien Deutschlands, nach wie vor die deutsche Regierung und die deutschen Kapitalisten zu zwingen, die Deutschland obliegenden Reparationen im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen.

Einen anderen Weg als den der Verhandlungen gibt es nicht für Deutschland ebensowenig wie für Frankreich, um die Ruhrkrise aus der Welt zu schaffen und die Reparationsfrage zu regeln. Ob der Krieg geführt wird von bewaffneten Soldaten gegen passiven Widerstand leistende waffenlose Arbeiter, Angestellte und Beamte, oder ob sich mit allen Werkzeuge modernster Kriegstechnik ausgerüstete Armeen gegenseitig abschlachten, in jedem Fall kann das Ende nur sein: Beilegung des Konfliktes durch Verhandlungen.

Je früher Verhandlungen aufgenommen und je rascher Konflikte beendet werden, um so besser für die Gesamtheit der Völker. Während des Weltkrieges predigten in jedem Land die kapitalistischen Regierungen und Parteien das Durchhalten bis zum Sieg. Diese Friedensmoralisierungen wurden verpaßt und sabotiert. Immer neue unerhörte Opfer kostete die verderbliche kapitalistische Kriegs- und Durchhaltepolitik, bis die allgemeine Qual und das millionenfache Leid unerträglich geworden waren. Und jetzt wieder erleben wir, daß die Kapitalisten in Frankreich wie in Deutschland dem Durchhalten bis zum Sieg das Wort reden. Prüfen heißt es: erst bedingungslose Unterwerfung, dann Verhandlungen! Hüben: erst Zurücknahme der Soldaten aus dem Ruhrgebiet, dann Verhandlungen! Den französischen Kapitalisten verbietet es ihre Ehre, vor der Annahme von Verhandlungen ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen, den deutschen Kapitalisten verbietet es ihre Ehre, zu verhandeln, solange das Ruhrgebiet besetzt ist. Das alle nur zu bekannte Spiel.

Es gibt wohl keinen Sozialisten, der sich über den wahren Charakter dieser kapitalistischen Ehre einer Täuschung hingibt, der nicht weiß, daß in diesem Fall nicht Ehre zu leisten ist: Proklammerung. Die sozialistische Internationale hat es klar genug ausgedrückt, daß die Befreiung des Ruhrgebiets, die unter dem Vorwand des Wiedererbauens der zerstörten Gebiete erfolgt, in Wirklichkeit nur einen Teil bildet des großen Kampfes der verschiedenen Gruppen der großkapitalistischen Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs um den Besitz der wichtigsten Kohlen- und Eisenzentren, und daß die Arbeiter-

## England steht beiseite

Wie bereits gestern gemeldet, geht aus der englischen Rede und aus den Erklärungen des Premierministers Bonar Law im Londoner Unterhaus klar hervor, daß die englische Regierung in der Frage der Ruhrbesetzung nicht gegen Frankreich unternehmen hat und auch bis auf weiteres nichts unternehmen wird. Die Bemerkungen Bonars waren freilich so gewählt, daß trotz ihrer Sachlichkeit und Nüchternheit die kritisch ablehnende Haltung gegenüber Frankreichs Vorgehen deutlich erkennbar wird. Alle Verantwortung wird ausschließlich der Regierung Poincarés zugewiesen. Mit aller Deutlichkeit wird erklärt, daß England einen besseren Weg der Lösung der Reparationsfrage gefordert habe. England habe Frankreich vorgeschlagen, die Frage der Sanierung Deutschlands einem Rat von sechs Personen anzuvertrauen, in dem ein Amerikaner und ein Neutraler Sitz und Stimme haben sollten. Deutschland sollte ein Repertorium von vier Jahren gewährt werden, die Wiederzahlungssumme sollte auf 2½ Milliarden Pfund Sterling festgesetzt werden. Für den Fall der Annahme dieses Vorschlags sollten die französischen und italienischen Schulden an England gestrichen werden. Poincaré habe den Vorschlag abgelehnt und auf der Befestigung des Ruhrgebiets bestanden. Er beharrte auch auf jenen Verschärfungen, die deutlich über die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinausgingen. Wir hören hier von einem sehr vorsichtigen und seine Worte auf die Waghalsigkeit legenden Engländer, daß es Poincaré nicht auf Befehl, nicht einmal auf Streichung der französischen Schulden ankam, sondern allein auf die Befestigung des Ruhrgebiets. Bonar Law unterstreicht noch einmal diese Tatsache und kam wirklich zu folgendem Schluß: „Jetzt wird ein Kampf der Ausdauer zwischen zwei Völkern geführt. ... Die französische Regierung hat sich auf dieses Abenteuer eingelassen, sie ist gewarnt, das bis zu Ende durchzuführen.“

Die englische Regierung glaubt nicht, daß die französische Reaktion den materiellen Erfolg haben werde, den sie zu erreichen vorgebe. So wartet England ab und vermeidet jeden entscheidenden Schritt, der einen offenen Bruch mit Frankreich bedeuten könnte, weil ein solcher Bruch das Ende der Entente wäre. Man hat also mit der weiteren Passivität Englands zu rechnen, die als „neutrales Wohlwollen für Deutschland“ ungeduldet vermisst erscheint und auch gar keinen Zweck hätte. Die französische Regierung hat ihre Aktion ohne England unternommen und gesteht der englischen Haltung bisher keinerlei Einflußnahme zu. Erst wenn Englands Beiseitegehen auf Frankreich eine Wirkung ausüben würde oder England transatlantische Maßnahmen trüfe, die das französische Vorgehen tatsächlich behinderten, könnte England als positiver Faktor für die Entscheidung in Rechnung gestellt werden. Dafür sind noch Ansätze der englischen

Regierung die Dinge noch nicht „reife“ geworden. Daß England zu gegebener Zeit an einer Vermittlungsaktion beteiligt sein und bei der endgültigen Regelung der Reparationen ein entscheidendes Wort mitzusprechen wird, ist nicht in Zweifel zu stellen.

### Die Debatte im Unterhause

In der Debatte des Unterhauses kamen drei Mitglieder der Arbeiterpartei zum Wort. Ramsay MacDonald wandte sich gegen die Politik des Imperialismus und der Annexionen. Der frühere Minister Asquith sagte, die Thronrede sei keine sehr ermutigende Einleitung einer kaiserlich-parlamentarischen Rede. Er wolle sich nur auf die Ruhrfrage beschränken. Der Teil der Thronrede, der sich auf die Politik der britischen Regierung in dieser Frage beziehe, sei

ein Jugendskizzenbuch der Unfähigkeit Europas, nach vier Jahren diplomatischen Geplänckels und einer Reihe internationaler Konferenzen das Reparationsproblem zu liquidieren oder zu einer endgültigen Regelung zu gelangen. Das Reparationsproblem überdauerte noch immer die zivilisierte Welt. Es besteuere feinerkeit Neigung, Deutsch und die Reparationsleistungen allzu leicht zu machen. Man brauche nicht erahnen zu sein, daß Frankreich wegen seiner Sicherheit in der Zukunft besorgt sei, aber es gebe kaum einen schlechteren Weg, Sicherheit zu erhalten, als das Vorgehen Frankreichs an seiner Chlorenz, wo es möglicherweise für eine Reihe von Jahren ein zweites Elend-Lothringen in Besitz nehme. Was auch immer erzwungen werden sollte, es müsse geschehen unter der Bedingung, daß das deutsche Wirtschaftslieben nicht zerstört oder gefährdet und dadurch das gesamte Gebäude des internationalen Handels untergraben werde. Er habe vor drei Jahren die Dichtsumme, die von Deutschland gezahlt werden könne, auf zwei Milliarden Pfund geschätzt, und habe jetzt keinen Grund zu der Annahme, daß die Schätzung zu niedrig sei. Er sei stets ein ergebener Freund Frankreichs gewesen. Er könne jedoch nicht, zu erklären, daß seiner Ansicht nach die große Mehrheit der Bevölkerung Englands, so militärisch sie auch bezüglich der Herrschaft der deutschen Anführer sei, von Herzen den Welsch der britischen Regierung billige, an dem Ruhrabenteuer sich nicht zu beteiligen. (Beifall.)

Das Mitglied der Arbeiterpartei Duxton führte aus, er habe vor kurzem und auch vor zwei Jahren im Hause eines Bergarbeiters in Essen gewohnt und könne aus eigener Anschauung sagen, der Druck auf Deutschland bedeute Hunger und Elend für Millionen. Auf Seiten der deutschen Bevölkerung besteuere kein Wunsch zu Gewalttaten. Die deutsche Arbeiterklasse, insbesondere die Bergarbeiter, seien bestrebt, die Bewegung innerhalb der Grenzen passiven Widerstandes zu halten. Der Premierminister habe alle seine Meinung bezeichnet, daß die Zeit von Frankreich besetzte Politik gefährlich und sogar katastrophal für das europäische Wirtschaftslieben sei. Wenn Bonar Law so denke, wie könne er dann eine neutrale abwartende Politik gegenüber dieser Gefahr annehmen? Duxton sagte,